

Manfred Wilke: Der Berliner Appelle 1982

Vortrag im Rahmen der von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und Inforadio ausgerichteten Veranstaltung „Frieden schaffen ohne Waffen? Die deutsch-deutsche Friedensbewegung und das Ende des Kalten Krieges“ am 6. Februar 2007 in der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen beim Bund in der Berliner Hiroshimastraße.

Der Berliner Appell war die letzte politische Aktion von Robert Havemann vor seinem Tod im April 1982 und die erste international beachtete von Rainer Eppelmann. Der Appell forderte grundsätzliche Veränderungen im geteilten Deutschland und verband sie mit den Bitten um Frieden und eine "Welt ohne Waffen", wie sie in den Friedenskreisen unter dem Dach der evangelischen Kirche diskutiert wurden. Knapp 20 Jahre lang war Havemann "die Stimme der Opposition" - in diesem Land des Schweigens. Mit dem Appell setzte er ein Zeichen dieser Kontinuität und gab zugleich den Stab weiter an die nächste Generation, die sich dem SED-Staat widersetzte und die Diktatur sieben Jahre später stürzen sollte.

Seine friedenspolitischen Aktionen begann Havemann im Sommer 1981 mit einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die Idee zu diesem Schritt entstand in einem Telefonat zwischen ihm und mir am 28. Mai dieses Jahres. Das MfS hatte es abgehört und aufgezeichnet. Die atomare Bedrohung Europas und Deutschlands durch den Raketenpoker zwischen der Sowjetunion und der NATO war eines unserer Themen. Havemann war überzeugt, die Gefahr ginge vom Pentagon aus: „... das einen Krieg machen will. Die hätten sich ausgerechnet, wie sie einen lokal begrenzten Atomkrieg machen können. Wilke widerspricht.“¹ Die MfS-Mithörer notierten: „Wilke ist vollkommen davon überzeugt, dass die Freunde in Moskau die Reagansche Sprache am besten verstehen werden“² Ich verwies ihn auf die sowjetischen Absichten. Es war die Sowjetunion, die mit der Aufstellung von SS-20-Mittelstreckenraketen, den NATO-Doppelbeschluss von 1979 ausgelöst hatte. Havemann wollte dann von mir wissen, warum ich dem „Krefelder Appell“ von 1980 kritisch sehe. Meine Antwort: Er war von der SED initiiert und von der DKP organisiert worden. Ziel war es, in der Bundesrepublik ein breites Personenbündnis gegen den NATO-Doppelbeschluss zu organisieren. Obwohl die kommunistischen Initiatoren bereits damals bekannt waren, bekam die Initiative Breitenwir-

¹ Informationen von 28.5.1981 zu OV "Leitz ", Frankfurt (Oder) 28.5.1900 81/Tgb. Nr. 73/81, S. 4.

² A.a.O., S. 5 100.

kung durch die Unterschriften von Petra Kelly und General a.D. Gert Bastian von den „Grünen“. Von dieser außerparlamentarischen Bewegung war Havemann ebenso fasziniert wie von den Vorgängen in Polen. Seine Intention war klar, die DDR brauchte eine Friedensbewegung mit gesamtdeutscher Perspektive.

Weltpolitisch war sein Problem, dass er den Amerikanern misstraute, ohne der sowjetischen Führung zu vertrauen. Die Frage war, was die Deutschen tun sollten. An diesem Punkt unseres Gesprächs schlug ich vor, er sollte doch einen Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt schreiben und ihn „auffordern, seinen Teil des Beschlusses, wie er nun einmal gefasst ist, mit seinem Partner in Deutschland, dem Honecker zu besprechen.“³ Der Bundeskanzler war für Havemann der richtige Adressat. Allein schon dieser Schritt würde Druck auf die SED-Führung ausüben. Dieses Kalkül unterstrich er in diesem Brief. Er bezog sich auf Kurt Schumacher, der Konrad Adenauer vorgeworfen hatte, er sei ein „Kanzler der Alliierten“, um Schmidt aufzufordern, „als ein Kanzler der Deutschen“⁴ zu handeln. Das war ein qualitativer Unterschied zu dem Urteil über die DDR-Regierung. 1979 hatte er in skandinavischen Zeitungen gesagt: „Unsere Regierung ist eine Quisling-Regierung - ich wähle diese Bezeichnung, um zu unterstreichen, dass dies nicht ein spezielles deutsches Phänomen ist - eine Regierung, die von russischen Gnaden lebt.“⁵ Er untermauerte dieses Urteil mit seiner Einschätzung über die Stimmung der DDR-Bevölkerung: „Aber zwei Dinge sollten unseren Herren im Politbüro Stoff zum Nachdenken geben, nämlich, dass die Nazis mehr Anhänger hatten, als sie haben und dass heute viel mehr Leute als vor 10 Jahren eine Wiedervereinigung mit Westdeutschland wünschen - in einem kapitalistischen Staat.“⁶

Gegenüber dem Bundeskanzler wiederholte Havemann sein Misstrauen bezüglich der Politik der Vereinigten Staaten und äußerte sich besorgt, dass die Bundesrepublik, „die mit weitem Abstand größte Militärbasis der USA im Ausland“⁷ sei. Obwohl sich die europäischen Völker von der „Zerreißung“ Deutschlands nach 1945 Sicherheit vor neuer deutscher Militärmacht versprechen, wäre gerade die Teilung die Gefahr für den Frieden: „Die beiden deutschen Staaten, jeder Angriffsspitze und Militärbasis einer der beiden Supermächte, werden ohnehin die ersten Opfer sein, wenn es zu einer militärischen Konfrontation (...) in Europa kommen sollte.“⁸

³ Ebenda

⁴ Robert Havemann: Offener Brief an den Bundeskanzler Helmut Schmidt, Manuskript, S. 3.

⁵ Strafrechtliche Einschätzung, zu von Robert Havemann nach seiner Verurteilung durch das Kreisgericht Fürstentwalde begangenen Handlungen, Berlin, 9.11.1981, Kopie: BStU, S. 3.

⁶ Ebenda.

⁷ Offener Brief an den Bundeskanzler Helmut Schmidt, Manuskript, Robert-Havemann-Archiv, Berlin, S. 1.

⁸ Ebenda.

Er sah nur einen Weg, um die „tödliche Bedrohung von uns abzuwenden: Abrüstung, schrittweise Entfernung aller atomaren Waffen vom Territorium der beiden deutschen Staaten, Abzug der ausländischen Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands, Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands.“⁹

Die Verknüpfung der Lösung der offenen deutschen Frage mit dem europäischen Frieden konnte nach Lage der Dinge nur der Bundeskanzler der Bundesrepublik als Kanzler der Deutschen auf den Weg bringen. Der Brief erreichte Helmut Schmidt und im September 1981 berichteten die Medien der Bundesrepublik über ihn. Schmidt antwortete Havemann und akzeptierte ihn damit als „Stimme der Opposition“.

Der sowjetische Parteichef Leonid I. Breschnew wurde zu Gesprächen in Bonn erwartet. In seinem Brief an Schmidt hatte Havemann diesen Besuch bereits angesprochen, um ihn an die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu erinnern. Sein „Offener Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnew“ war der nächste Schritt. Er wurde als gesamtdeutsche Demonstration noch im Vorfeld dieses Besuchs organisiert und sollte eine Brücke zwischen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und den Friedenskreisen in der DDR bilden. Havemann erinnerte Breschnew an die früheren sowjetischen Positionen zur Lösung der deutschen Frage: „Es gilt insbesondere die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Sowjetunion sich bis in die sechziger Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat. 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen. (...). Wie wir Deutschen unsere nationale Frage dann lösen werden, muss man uns schon selbst überlassen und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg.“¹⁰ Im Westen riefen Heinrich Albertz, Ingeborg Drewitz und Peter Brandt zu einer Unterschriftenaktion auf, in der DDR unterschrieben u.a. Gerd Poppe und Rainer Eppelmann den Brief. Havemann übersandte ihn am 5. Oktober 1981 an den sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, bat ihn, den Brief weiterzuleiten und kündigte ihm eine Pressekonferenz in Bonn an, auf der dieser Brief der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte.¹¹

Am deutschen Schicksalstag, dem 9. November 1981, bewertete das MfS in einer Expertise diese beiden Briefe. Zu den Inhalten äußerten sich die Tschekisten nur aus der Perspektive des

⁹ Ebenda.

¹⁰ Offener Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew.

¹¹ Robert Havemann: Brief an Abrassimow, Grünheide, den 5. Oktober 1981, Robert-Havemann-Archiv Berlin.

politischen Strafrechts: „In diesem Offenen Brief (an Schmidt, M.W.) ist bereits teilweise die demagogische Gleichsetzung der Verteidigungspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten mit der Aufrüstung der NATO - insbesondere den USA - enthalten, wie sie besonders in dem am 7.10.1981 veröffentlichten sogenannten Offenen Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR“¹² zum Ausdruck gebracht wurde. Strafrechtlich ist das Verhalten von Havemann für das Untersuchungsorgan MfS klar: Die Verbindung mit „den als feindlich tätigen Personen“ Jürgen Fuchs und Manfred Wilke war „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“, und es bestand der Verdacht der „landesverräterischen Nachrichtenübermittlung und der staatsfeindlichen Hetze gemäß §§ 98 und 106 StGB“.¹³ Dieser Befund bedeutete Verhaftung und Untersuchungshaft. Von dieser Konsequenz riet das MfS aber aus drei Gründen ab:

1. waren frühere vergleichbare Straftaten Havemanns nicht geahndet worden,
2. müssten die nach Westen übermittelten Informationen und Positionen Havemanns zum Gegenstand des Verfahrens werden und schließlich
3. lagen den „Organen“ die letzten ärztlichen Befunde vor und diesen Todkranken wollte man nicht inhaftieren.

Vorgeschlagen wurde daher, Havemann zu isolieren, um weitere „feindlichen Aktivitäten“ zu unterbinden. Dieses Spiel mit dem MfS kannte Havemann schon. Diesmal wusste er, dass ihm nicht mehr viel Zeit blieb.

In den beiden offenen Briefen waren grundsätzliche Positionen geklärt worden, nun galt es, eine Friedensbewegung in der DDR zu initiieren. Dieses Ziel verfolgte der „Berliner Appell“, den er mit Rainer Eppelmann verfasste. Die Furcht vor dem atomaren Krieg in Europa prägte seine Sprache. Die Verantwortung für diese Kriegsgefahr trugen aus Havemanns Sicht die Amerikaner. Um die Gefahr abzuwenden, sollte Europa in eine atomwaffenfreie Zone umgewandelt werden. Entmilitarisierung, Neutralisierung Deutschlands und die Einberufung einer Friedenskonferenz wurde gefordert, „auf der die Regierungen der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges die Friedensverträge abschließen und den Abzug der Besatzungstruppen und die Garantie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten vereinbaren“ sollten.¹⁴ Die Zeit für „Zwei plus Vier-Verhandlungen“ zur Lösung der deutschen Frage war aber noch nicht gekommen. Der Appell nahm die Diskussionen in

¹² Strafrechtliche Einschätzung, a.a.O., S. 11.

¹³ A.a.O., S. 12.

¹⁴ Berliner Appell: Frieden schaffen ohne Waffen, Manuskript, S. 1.

den Friedenskreisen in der DDR auf, um sofort Aktivitäten freizusetzen. Unterschriften wurden für ihn gesammelt, das Verbot von Kriegsspielzeug und eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Wehrpflicht wurden gefordert.

Die Rekonstruktion der Entstehung des „Berliner Appells“ erinnert an Havemanns politische Bedeutung und seinen Beitrag im Kampf um Frieden und Demokratie gegen die SED-Diktatur. Er sollte uns zugleich zurück versetzen in den zweiten kalten Krieg, wie manche Historiker den Zeitabschnitt zwischen 1979 und 1985 nennen. Havemanns Konzeption, die Sicherung des europäischen Friedens durch Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands zu lösen, widersprach sowohl der Politik der damaligen Akteure im geteilten Deutschland als auch den Interessen der Sowjetunion und denen der Vereinigten Staaten. Ein kurzer Blick auf die Auseinandersetzung um den NATO- Doppelbeschluss soll dies verdeutlichen. Um die politische Erpressung Westeuropas durch die sowjetischen SS 20 Mittelstreckenraketen-Vorrüstung abzuwehren, setzte Bundeskanzler Helmut Schmidt den NATO-Doppelbeschluss im Bündnis durch. Die Etablierung einer von den Grünen dominierten Friedensbewegung gegen die NATO-Nachrüstung veränderte das Parteienspektrum der Bundesrepublik. Die Grünen etablierten sich in Abgrenzung zur SPD als neue Partei. Dieser Druck auf die SPD kostete den Kanzler in seiner Partei die Unterstützung für seine Sicherheitspolitik, ein wesentlicher Faktor für seinen Sturz 1982.

Die SED tat alles, um nach sowjetischen Vorgaben auf die Friedensbewegung in der Bundesrepublik durch das DKP-Spektrum steuernden Einfluss zu nehmen. Ziel war es, ein innenpolitisches Klima zu befördern, in dem die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen politisch nicht mehr durchsetzbar war. Eine ungeplante Nebenwirkung der propagandistischen Vereinnahmung der westdeutschen Friedensbewegung war das Entstehen von Friedenskreisen in der DDR, denen der „Berliner Appell“ eine politische Plattform bot.

Bundeskanzler Helmut Kohl setzte ab 1982 die Politik seines Vorgängers fort. Nach dem Scheitern der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen 1983 stimmte der Bundestag der Stationierung zu. Für Helmut Kohl ist die Standhaftigkeit der Bundesrepublik im Konflikt um die Mittelstreckenraketen eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Rückgewinnung der deutschen Einheit 1990.

Robert Havemann war ein Gegner der Westbindung der Bundesrepublik, da diese seinem Lösungsvorschlag der Neutralisierung Deutschlands zuwiderlief. Diese Lösung, die viele Deutsche nach 1945 gerne gehabt hätten, war weltpolitisch zu keinem Zeitpunkt möglich. Was

bleibt, ist das Verdienst des Berliner Appells, die ungelöste deutsche Frage als Problem des europäischen Friedens thematisiert zu haben, als der mainstream von den Realisten der Zwei-staatlichkeit bestimmt wurde. Nach Lage der Dinge konnte die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung 1982 nur noch aus der DDR heraus formuliert werden – einschließlich des Weges, nämlich einer „Zwei plus Vier Konferenz“. Festzuhalten bleibt, Havemann und Eppelmann wollten schon 1982 keine Viermächte-Konferenz über die Deutschen, sondern mit ihnen. Die Amerikaner kamen auf den gleichen Vorschlag 1990 in Ottawa zurück, als es weltpolitisch um die Lösung der deutschen Frage ging.

Der Autor freut sich über Anmerkungen und Ergänzungen: ProfM.u.K.Wilke@gmx.de